

Stephan Ehmke  
stephanehmke@t-online.de

Kiel, an Ostern 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!

Mal tief einatmen und Revue passieren lassen, was in den letzten Wochen mit uns und unserem Land gemacht wurde. Gemacht von Corona? Keineswegs. Gemacht von der Politik, die sich Corona zu Nutze gemacht hat.

In vier Wochen wurden in Deutschland praktisch alle Grundrechte außer Kraft gesetzt. Auf welcher Grundlage? Folgt man dem [Bayreuther Staatsrechtler Carsten Bäcker](#), dann auf keiner. Nach ihm gibt keines der bestehenden Gesetze einen so weitgehenden Eingriff in die Verfassung her. Alle Corona-Verordnungen sind Bäckers Meinung nach schlicht illegal. Und noch dazu völlig unverhältnismäßig, wie sein [Kollege Dietrich Murswiek](#) nachweist. Denn den Zweck, die Pandemie einzudämmen und gefährdete Personen zu schützen, hätte man mit weit weniger drastischen Maßnahmen erreichen können, jedenfalls ohne 83 Millionen Bürger quasi in Schutzhaft zu nehmen. Und ob der Virus überhaupt so gefährlich ist, wie von unserer Regierung behauptet, ist ohnehin umstritten. Die Zahl der schweren Erkrankungs- und Todesfälle in Deutschland sprechen eher dagegen. Zahlreiche Fachleute haben das bereits vor Wochen gesagt, doch sie wurden entweder totgeschwiegen oder verleumdet.

Einer Umfrage zufolge stimmen über 90% der Bundesbürger den Corona-Maßnahmen zu. Das kann sein, denn schließlich geht seit Wochen eine Hysteriewelle nach der anderen über sie hinweg. Ein lange geheimes „Strategiepapier“ des [Bundesinnenministeriums](#) vom März 2020 empfiehlt denn auch, die Menschen in einen „Schockzustand“ zu versetzen, um sie bereit zu machen, für die quasi-diktatorischen Maßnahmen, die wir jetzt erleben. Von „1 Million Corona-Toten“ ist da die Rede, vom „qualvollen Ersticken“ und vom „Leiden der Kinder“.

Die Angst vor dem Seuchentod, die den Deutschen täglich in Wort und Bild vor Augen gehalten wird, ist der Motor, dies alles hinzunehmen. Auch dass Bürger, die sich im Freien versammeln, wie Verbrecher behandelt werden. Mütter mit Kindern von der Polizei von Spielplätzen vertrieben werden. Menschen, die ihr Eis neben dem Geschäft verzehren, mit horrenden Strafgeldern belegt werden. [Eine Rechtsanwältin](#), die zu einer bundesweiten Demonstration zu Ostern aufrief, vom Staatsschutz besucht wird und um ihre Freiheit fürchtet. Die Beispiele sind Legion.

Der investigative [Journalist Gerhard Wisnewski](#) sieht hinter Corona eine globale Verschwörung am Werk. Drahtzieher sollen die WHO (in den Händen des Finanzkapitals und Bill Gates) sowie China sein. Er verweist auf die Schweinegrippe von 2008/2009, wo ganz ähnliche Mechanismen gegriffen hätten. Die WHO „erfindet“ eine Pandemie, Horrorszenarien werden verbreitet, die Angstmaschine läuft an und für Milliarden Euro wird ein Impfstoff verkauft, den am Ende keiner braucht und der mit weiteren Millionen vernichtet werden muss. Auf die Grippe-Pandemie von damals warten die Schweine heute noch. Die Menschen jedenfalls hat sie nie wirklich erreicht. Im letzten Jahr hat, so Wisnewski, die WHO unter der Leitung eines Chinesen ein Szenarium

durchspielen lassen, das den jetzigen Ereignissen fast aufs Haar gleicht. Lange, bevor jemand Corona überhaupt kannte. Honi soit, qui mal y pense!

Aber man braucht gar nicht die „neue Weltordnung“ zu bemühen, die durch Corona angeblich installiert werden soll. Die Dinge, die bei uns auf der Hand liegen, sind schlimm genug. Durch das Handeln der Politik - wohlgemerkt! -, nicht durch den Virus, sind unserem politischen System, dem Sozialwesen und der Wirtschaft gewaltige Schäden zugefügt worden. Dies wird uns noch Jahre, vielleicht Jahrzehnte, schwer beschäftigen.

Bisher haben [alle Gerichte](#), einschließlich des Bundesverfassungsgerichtes, Eilanträge gegen die Corona-Maßnahmen zurückgewiesen. Sie haben dabei allerdings nicht die Verfassungsgemäßheit geprüft, sondern lediglich abgewogen, welche Folgen eine Aufhebung der Beschränkungen haben würde. Diese seien, so die Meinung der Richter einhellig, derartig gravierend, dass ein zeitlich begrenztes Bestehenlassen weniger Schaden anrichten würde. Viele Rechtsexperten sind hier freilich ganz anderer Ansicht.

Das Bundesverfassungsgericht, so der oben erwähnte Professor Bäcker, wird möglicherweise die Maßnahmen mangels Legalität für verfassungswidrig erklären, jedoch vielleicht der Politik eine „goldene Brücke“ bauen. Indem das Gericht nämlich einen übergesetzlichen Notstand in das Grundgesetz hineininterpretiert, den der Gesetzgeber dann in positives Recht umgießen kann. Welche Folgen dies für den Rechtsstaat und die Demokratie haben würde, liegt auf der Hand. Dann nämlich hätten wir das „Not kennt kein Gebot“ in unserem politischen System, welches das Grundgesetz aus gutem Grund bisher nicht kannte. Die Exekutive hätte dann die Möglichkeit, bei jeder neuen - tatsächlichen oder erfundenen - Katastrophe, außerhalb der Gesetze zu handeln. Wenn man so will, eine zeitlich begrenzte Diktatur zu errichten. Das Rechtsstaatsprinzip wäre jedenfalls erledigt. Niemand, dem Freiheit, Demokratie und Recht am Herzen liegt, kann das im Ernst wollen. Doch es könnte so kommen!

Die Europäische Union hat in der Krise - erwartungsgemäß - völlig versagt. Richtigerweise haben die einzelnen souveränen Staaten (ob sinnvolle oder unzweckmäßige) Maßnahmen ergriffen, die einzigen Ordnungen, die dazu in der Lage sind und denen es aufgegeben ist, ihre Bürger zu schützen. Doch wird diese Tatsache bei der Politik nicht zu der Erkenntnis führen, mit dem Brüsseler System jetzt aufzuräumen, das Gegenteil wird geschehen. Schon jetzt werden Stimmen laut, die „mehr Europa“, mehr „Integration“ fordern, die alte Leier von der EU-Regierung, gemeinsamen Finanzen („Euro-Bonds“), einer gemeinsamen Armee usw., spielen. Wir wissen, dass auch dies mit Demokratie und Rechtsstaat nichts zu tun hat. Brüssel ist bereits jetzt ein undemokratischer Leviathan und könnte es in Zukunft dann noch mehr werden. Auch vor dieser Entwicklung sei gewarnt!

Erschütternd ist, wie sich Parteien und Parlamente in dieser Situation verhalten. Offensichtlich sind auch sie fest im Griff der Corona-Hysterie. Statt mit praktischer Vernunft zu handeln, hecheln sie brav den Vorgaben der Regierung hinterher und segnen im Eilschritt alles ab, was ihnen vorgelegt wird. So auch das überarbeitete [Infektionsschutzgesetz des Bundes](#), das nichts weniger ist, als eine rechtsstaatswidrige Ermächtigung. Ein weiterer klarer Verfassungsbruch. Der Widerspruch war kläglich, von Widerstand gar nicht zu reden. Der Parteienstaat, diese [„Verfallserscheinung der Republik“ \(Schachtschneider\)](#), hat auch hier wieder sein Gesicht gezeigt. Abgeordnete, die der Partei- und Fraktionsdisziplin gehorchen, nicht aber ihrem Gewissen, das der „Gerichtshof der Sittlichkeit“ (Kant) ist.

Sind dies noch die Repräsentanten des Souveräns, des Volkes? Doch sollten wir als Staatsbürger,

von denen nach unserer Verfassung die Staatsgewalt ausgehen soll und welche die Träger der politischen Willensbildung sind, nicht klagen, sondern etwas tun. Wir sollten wieder stärker in den Politikbetrieb eingreifen und insbesondere den Parteien wieder den Part zuweisen, den sie gemäß Grundgesetz haben: an der politischen Willensbildung mitzuwirken und sie nicht zu usurpieren. Und den Abgeordneten in den Parlamenten wieder vor Augen halten, dass sie unsere Repräsentanten sind und nicht die irgendwelcher Lobbys oder parteilicher Machtinteressen. In diesem Sinne kann jeder/eine jede von uns an Abgeordnete bzw. Parteien herantreten und sein/ihr Recht wieder neu einfordern. Oder selber daran mitwirken, indem er oder sie sich in einer der Parteien im o.a. Sinne engagiert.

Wird auf diese Weise der freiheitlich-demokratische Geist in unserem Volk wieder belebt, könnte die Krise doch noch etwas Gutes gehabt haben.

Es grüßt Sie herzlich  
Ihr Stephan Ehmke